

BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer

Weil wir hier leben wollen.



März 2021

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

als CDU-Abgeordneter bin ich Teil der regierungstragenden Mehrheit und somit indirekt auch für die gegenwärtigen Regelungen im Umgang mit der Corona-Pandemie verantwortlich. Ich möchte jedoch deutlich machen, dass ich sehr wohl konstruktiv-kritisch differenzierte Positionen anstelle eines allgemeinen Lockdowns vertrete.

Die staatlichen Maßnahmen sollen uns alle vor einer Erkrankung an einer Corona-Infektion schützen und auch die symptomfreie Weitergabe des Virus verhindern. Dieses Ziel teile ich uneingeschränkt und wir müssen alles daran setzen, unsere Krankenhauskapazitäten nicht zu überlasten, zumal die Virus-Mutationen ansteckender sind und auch jüngere Menschen stärker betreffen.

Das Virus ist flexibel, es mutiert und passt sich an - folglich müssen auch staatliche Maßnahmen flexibel an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Nur so behalten diese die Akzeptanz in der Bevölkerung und werden auch im Eigeninteresse umgesetzt. Maßnahmen, die nicht mehr von der Bevölkerung verstanden werden, verlieren ihre Wirksamkeit. Aus meiner Sicht, sind wir an diesem Punkt und müssen politisch zeitnah handeln. Hierzu braucht es auch kurzfristige Anpassungen und klar formulierte Verordnungen, wenn man erkennt, dass keine direkte Kopplung an die Inzidenzzahlen nachgewiesen werden kann.

Wir sind mittlerweile in der Lage, die Sicherheit durch regelmäßiges Testen zu erhöhen. Dies ist der Weg, um Öffnungen zu ermöglichen, solange die Impfungen nicht umfassend erfolgen. Mit negativem Testergebnis, digitaler Nachverfolgung und Hygienemaßnahmen muss das gesellschaftliche Leben wieder stattfinden dürfen. Dabei müssen die Testkapazitäten auf Gemeindeebene niederschwellig ausweitet werden und auch mobile Angebote in der Fläche bereithalten.

Als Politiker in Bund und Ländern müssen wir uns und unsere Entscheidungen permanent hinterfragen und auch korrigieren.

Ich wünsche Ihnen, trotz der gegebenen Umstände, gesegnete und frohe Ostertage. Bleiben Sie behütet und vor allem gesund!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Stephan Meyer



Inhalt

NEUES AUS DEM LANDKREIS

- Artenvielfalt im Zittauer Gebirge fördern
- Zentrum für Raumfahrt eröffnet in Zittau Institut
- Baurecht für Abschnitt B178n
- CDU setzt Baumpflanzaktion fort
- Absichtserklärung zur Neuaufstellung einer Bundeswehreinheit unterzeichnet

NEUES AUS DEM FREISTAAT

- 220 neue Polizistinnen und Polizisten für Sachsen
- Über 620 neue Meister im sächsischen Handwerk
- Mehr Unterstützung für Ehrenamt in Sachsen
- Personenbeförderungswesen wird modernisiert
- Polizeiliche Kriminalstatistik Sachsen 2020
- Polizei Sachsen führt landesweit Bodycams ein
- Dorfwettbewerb: Anmeldefrist nochmals verlängert
- Neue Regionalbudgets für die LEADER-Gebiete
- Landtag beschließt Schulgeldfreiheit für weitere Gesundheitsfachberufe
- Start für Wettbewerb: „Ab in die Mitte!“
- Finanzausgleichsgesetz



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

NEUES AUS DEM LANDKREIS GÖRLITZ

→ Artenvielfalt im Zittauer Gebirge fördern

9. März - Der Landschaftspflegeverband will in einem neuen Projekt die Artenvielfalt fördern. Dafür sucht er Akteure und Flächen.

Weder auf einer intensiv gemähten noch auf einer zu wenig genutzten Wiese finden Insekten ausreichend Blühpflanzen als Nahrung. Bunt, blühende Landschaften bereichern den Naturpark Zittauer Gebirge und stellen einen wertvollen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten dar. Doch sie sind stark gefährdet und drohen zu verschwinden - nicht nur in der Region, sondern bundesweit.

Der Landschaftspflegeverband „Zittauer Gebirge und Vorland“ erklärt den Grund: Zum einen werden Flächen nicht mehr bewirtschaftet und fallen brach. Das bedeutet, dass der überständige Aufwuchs verfilzt, nur noch wenige konkurrenzstarke Pflanzenarten wachsen und früher oder später auf den Wiesen Gehölze aufkommen und Wald entsteht. Somit verschwinden nicht nur die an eine Mahd oder Beweidung angepassten blütenreichen Grünländer, sondern auch die von ihnen abhängigen Insekten und Vögel. Andererseits gibt es auch Grünland, das aus Naturschutzsicht zu oft gemäht, zu intensiv beweidet oder gedüngt wird. Das führt ebenfalls zum Rückgang der Artenvielfalt.

Der Verband möchte diesem Trend entgegenwirken und hat dazu ein Projekt ins Leben gerufen. So soll bis Dezember 2022 bisheriges Grünland im Naturpark naturschutzfachlich sinnvoll und praktikabel bewirtschaftet werden. Dafür sucht der Verband Akteure der Landschaftspflege - Eigentümer, Landwirte, Kommunen, Naturschützer - die Brach- oder Grünland zur Verfügung stellen oder Flächen zur Bewirtschaftung suchen. Die Partner sollen miteinander ins Gespräch kommen und untereinander vernetzt werden. Dabei fungiert der Verband als Ansprechpartner.

So sind regelmäßige Treffen geplant, bereichert mit Vorträgen zu den Themen Bewirtschaftung, Herdenschutz und Vermarktung. Ein Ziel ist, schwierig zu bewirtschaftende Flächen zu beweiden und den Arbeitsaufwand und naturschutzfachlichen Wert zu dokumentieren.

Die Projektflächen werden auf der [Website des Landschaftspflegeverbandes](#) veröffentlicht. Interessenten können die Verantwortliche Jeanine Taut an Taut@lpv-zittauergebirge.de oder unter 03583 699526 erreichen.

→ Zentrum für Raumfahrt eröffnet in Zittau Institut

10. März – Aufgrund der andauernden Pandemie war die feierliche Eröffnung des neuen Forschungsinstituts auf gewöhnliche Weise nicht möglich. Der Startschuss zur Eröffnung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Zittau wurde kurzerhand virtuell gegeben. Die Ehrengäste wie Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und DLR-Vorstandsvorsitzende Prof. Anke Kaysser-Pyzalla waren allesamt online zugeschaltet und durften symbolisch auf einen roten Knopf drücken.

Das neue Institut forscht schwerpunktmäßig zur CO₂-Minderung in industriellen Prozessen - insbesondere in energieintensiven Industrien wie der Stahlherzeugung, der Zementindustrie, der chemischen Industrie oder der Aluminiumproduktion. Das Augenmerk liegt auf der Entwicklung von Hochtemperatur-Wärmepumpen, die mit bisher unerreichten Parametern arbeiten sowie der Erforschung CO₂-armer Reduktionsmittel. Mit seiner wissenschaftlichen Forschung wird das neue Institut in Zittau mit dazu beitragen, die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Denn durch die Dekarbonisierung energieintensiver Prozesse werden Emissionen in großem Maßstab vermieden.

Mit ihrer Arbeit beginnen die DLR-Mitarbeiter nicht erst jetzt in Zittau. Seit eineinhalb Jahren haben die



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

ersten Wissenschaftler ihre Tätigkeit aufgenommen. In der Zwischenzeit ist die Zahl der Mitarbeiter auf 20 angewachsen. Zuletzt gab es einen deutlichen Sprung nach oben - vor etwa einem Jahr waren es erst drei Beschäftigte am neuen Standort Zittau. Weitere Wissenschaftler sollen folgen. Prof. Uwe Riedel, Leiter des DLR-Instituts für „CO₂-arme Industrieprozesse“, geht davon aus, dass bis Ende 2022 noch einmal zehn Mitarbeiter eingestellt werden. Mittelfristig ist eine Mitarbeiterzahl von 50 bis 60 geplant, von denen gut die Hälfte über Drittmittel finanziert werden sollen. Diese Zahl wird voraussichtlich 2025 erreicht.

Dann soll auch ein Neubau für das DLR-Zentrum neben der Mensa an der Zittauer Hochwaldstraße fertig sein. Derzeit sind die Wissenschaftler in einem Hochschulgebäude auf dem ehemaligen Zittauer Armeegelände untergebracht. Hier sind die Kapazitäten allerdings begrenzt. Deshalb sollen sie voraussichtlich im Juni in das nächste Interimsdomizil, die Mandauhöfe in Zittau, umziehen. Für die Einrichtung einer Pilotanlage zur Erforschung von speziellen Hochleistungspumpen wurde eine Halle angemietet. Es wird damit gerechnet, dass sie Mitte nächsten Jahres in Betrieb gehen kann. Dass das DLR-Zentrum nicht in den Mandauhöfen bleibt, ist mit den ebenfalls dortigen beengten Verhältnissen begründet. Zudem sei der vorgesehene Neubau näher an der Hochschule Zittau/Görlitz gelegen.

Die Hochschule Zittau/Görlitz ist ein wichtiger Partner für das neue DLR-Institut und wegen der Erfahrung im Bereich der Energietechnik einer der Hauptgründe für die Ansiedlung in Zittau. Der Rektor der Hochschule, Prof. Alexander Kratzsch, erwartet von der Ansiedlung auch einen Schub für die Ausbildung der Studenten. Neue Studienangebote könnten gemeinsam mit dem DLR und der Industrie entwickelt werden. Gleichzeitig könnten junge Leute in die Region geholt werden, die hier studieren, arbeiten, leben und die Gegend nachhaltig befruchten, hofft der Rektor. Bei der Suche nach Mitarbeitern kann wiederum das DLR von der Hochschule profitieren. Zu den derzeitigen Mitarbeitern gehören zwei Rückkehrer, wie die Institutsleitung bei der Eröffnung

erklärte. Und ein Drittel der Mitarbeiter stammt aus dem Ausland.

Das Institut hat einen zweiten Standort in Cottbus. Der Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen unterstützen Aufbau und Betrieb mit einer hohen zweistelligen Millionensumme. In Zittau sind damit allein in den vergangenen zehn Jahren mehrere Forschergruppen von renommierten Einrichtungen angesiedelt und drei neue Forschungsstandorte gebaut worden.

→ Baurecht für Abschnitt B178n

16. März - Gegen den Abschnitt Oderwitz-Zittau der B 178n ist keine Klage eingereicht worden. Das überrascht selbst das Sächsische Verkehrsministerium in Dresden. Die Frist für eine Klage gegen die Baugenehmigung - die sogenannte Planfeststellung - des Abschnitts 3.3 der neuen B178 von Oderwitz bis Oberseifersdorf ist verstrichen. Damit ist das Baurecht nun vollziehbar. Der offizielle formelle Akt durch die Landesdirektion Sachsen steht allerdings noch aus.

Nun kann der Bau nach mehr als 15 Jahren Planungen und Umplanungen nicht mehr von Gegnern verhindert werden. Allerdings wird es im besten Fall noch mindestens ein Jahr dauern, bis die Bagger anrollen. Zuerst muss die Bundesregierung sagen, wann das Geld für den Bau der Bundesstraße nach Sachsen fließt. Das sächsische Verkehrsministerium hat die Anfrage bereits in Berlin gestellt. Generell hat er die Finanzierung des inzwischen knapp 40 Millionen Euro teuren Abschnitts bereits zugesagt. Sachsen kümmert sich im Auftrag des Bundes um Planung und Bau.

Parallel dazu haben die Dresdner schon mit der Bautzener Niederlassung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr die Gespräche über die Umsetzung aufgenommen. Wenn das Geld da ist, schicken die Bautzener Archäologen über die Trasse. Sie suchen den Abschnitt ab. Finden sie historisch



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

wertvolle Hinterlassenschaften, haben sie alle Zeit, die sie brauchen, um sich damit zu beschäftigen.

Sind die Historiker fertig, werden im Weg stehende Bäume gefällt, ungünstig liegende Leitungen verlegt und Ausgleichsmaßnahmen wie Ersatzpflanzungen - zum Beispiel bei Kottmarsdorf - gestartet. Parallel dazu werden die Arbeiten ausgeschrieben, ein Teil wegen des Umfangs der Aufträge europaweit, ein Teil deutschlandweit. Die Verfahren für die Vergabe von EU-Aufträgen dauern in der Regel sechs bis sieben Monate.

Der Abschnitt von Oderwitz bis Oberseifersdorf ist der vorletzte der insgesamt knapp 42 Kilometer langen Trasse von der Grenze bei Zittau bis zur A4, der noch fehlt. Er ist knapp sechs Kilometer lang und sollte ursprünglich 20,5 Millionen Euro kosten. Nach der Fertigstellung wird die 15,5 Meter breite dreistreifige Bundesstraße über sechs Brücken verlaufen, drei davon für Tiere. Am Schnittpunkt mit der alten B178 bei Oberseifersdorf entsteht ein Knoten wie es ihn bereits an vielen Stellen der neuen Straße gibt. Frühestens 2024 können dann die Autos rollen.

Wann der letzte dann noch fehlende Abschnitt von Nostitz bis zur A4 gebaut wird, ist noch völlig unklar. Belastbare Aussagen dazu kann derzeit niemand treffen. Nach derzeitigem Planungsstand ist damit frühestens 2025 zu rechnen. Muss der Abschnitt aber ebenso oft wie andere in weitere Planungsschleifen, kann es auch 2030 oder 2035 werden.

Nun herrscht endlich Baurecht für den nächsten Abschnitt der B178n. Es gilt jetzt die vorliegenden Schritte bis zum Baustart zu beschleunigen, denn jeder Monat früherer Fertigstellung ist wichtig.

→ CDU setzt Baumpflanzaktion fort

27. März - In Folge des starken Borkenkäferbefalls und umfangreicher Kahlschläge in den Vorjahren möchte der CDU Kreisverband Görlitz auch unter notwendigen Hygiene-Auflagen bei der

Wiederaufforstungen öffentlicher Wälder helfen. Mit gemeinsamer Unterstützung des CDU-Kreisvorsitzenden Florian Oest und mir sollen in verschiedenen Teilen des Kreises ehrenamtliche Baumpflanzaktionen durchgeführt werden. Die Idee ist Teil einer landesweiten Initiative „Meine Natur. Mein Sachsen“ der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien. Ziel der Initiative ist es, an unterschiedlichen Orten zum Beispiel neue Setzlinge zu pflanzen oder Insektenhotels aufzubauen.

Den Auftakt bildete ein geschädigtes Waldstück am Löbauer Berg. Gemeinsam mit der CDU Löbau und der Jungen Union Görlitz wurden unter Leitung des Ortsvorsitzenden Ringo Hensel 200 Stieleichen-setzlinge verpflanzt. Bereits im Herbst hatten die CDU-Ortsverbände Waldstücke im Südkreis wiederaufgeforstet, nachdem der Löbauer Stadtrat im Sommer die Öffentlichkeit zur Unterstützung und Spenden aufgerufen hatte.

Die Politik hat auch private Waldeigentümer bei der Wiederbewaldung und der Bewältigung des aus dem Käferbefall resultierenden Preisverfalls auf dem Holzmarkt im Blick: So hat der Sächsische Landtag das Rettungspaket für Sachsens Wälder auf insgesamt 92 Mio. Euro aufgestockt und das Corona-Konjunkturpaket „Wald & Holz“ des Bundes die Förderung von Investitionen in die moderne Forst- und Holzwirtschaft und das Bauen mit Holz aufgenommen. Einen Antrag auf die Waldprämie können alle privaten und kommunalen Waldbesitzer stellen, denen mindestens ein Hektar Waldfläche gehört.

Florian Oest will die Bepflanzungsaktion kreisweit fortsetzen: „Der Wald ist Alleskönner. Er ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Lieferant des natürlichen Rohstoffs Holz und speichert CO2. Durch Stürme und Schädlingsbefall wie den Borkenkäfer sind unsere Waldgebiete deutlich geschädigt und müssen mit unserer Hilfe neu aufgebaut werden. Wir reden nicht nur über Naturschutz, wir packen an!“



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Interessenten und Unterstützer können sich mit ihren Ideen unter post@florianoest.de melden.



Foto: Nikolai Schmidt

→ Absichtserklärung zur Neuaufstellung einer Bundeswehreinheit unterzeichnet

31. März - Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Ministerpräsident Michael Kretschmer haben gemeinsam eine Absichtserklärung zur Neuaufstellung einer Bundeswehreinheit im Norden des Landkreises Görlitz unterzeichnet. Bis zum Jahr 2031 sollen bis zu 1.000 Angehörige der Bundeswehr ihre Tätigkeit am neuen Standort aufnehmen können.

Zur Realisierung dieses Vorhabens unterstützt der Freistaat Sachsen die Bundeswehr bei der Bereitstellung eines geeigneten Areals, bei der Schaffung bzw. Bereitstellung von Wohnraum sowie sozialer Infrastruktur in der Nähe der Kaserne und bei der Verbesserung der verkehrlichen Anbindung. Die hierfür erforderlichen Genehmigungsverfahren sollen zügig durchgeführt werden.

Die Bundeswehr plant zudem weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Strukturwandels in der sächsischen Lausitz. Im Bereich der zivilberuflichen Aus- und Weiterbildung sowie der Ausbildungswerkstatt der Bundeswehr sollen vermehrt

Qualifizierungsangebote in der Lausitz stattfinden. Im Bereich Forschung und Technologie sollen Möglichkeiten zur Integration automatisierter und kooperativer Systeme in den Luftraum untersucht werden. Neben der geplanten Stationierung eines Kampfunterstützungsverbandes ist auch eine stärkere Nutzung des Truppenübungsplatz Oberlausitz vorgesehen. Die Übungsanlage soll eine logistische Unterstützung mit „Convoy and Training Support Centre“ erhalten.

Damit werden neue und gut bezahlte Arbeitsplätze einen Beitrag für eine Perspektive nach der Braunkohle bieten.



NEUES AUS DEM FREISTAAT SACHSEN

→ 220 neue Polizistinnen und Polizisten für Sachsen

1. März - Insgesamt 220 Anwärterinnen und Anwärter wurden nach Abschluss ihrer Ausbildung zu Polizeimeisterinnen und Polizeimeistern ernannt. Die 69 Absolventinnen und 151 Absolventen der Polizeifachschulen Schneeberg, Chemnitz und Leipzig verstärken ab sofort die fünf Polizeidirektionen



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Leipzig (33), Dresden (25), Chemnitz (7), Görlitz (23) und Zwickau (17) sowie die Bereitschaftspolizei (115).

Aufgrund der aktuellen Situation erhielten sie ihre Urkunden und die neuen Schulterstücke in ihren Dienststellen vor Ort.

Sächsische Polizei ist mit ihrem stetigen Einsatz für Recht und Ordnung Garant für ein friedvolles und freiheitliches Zusammenleben. Dabei werden die Leistungsfähigkeit und das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung von der täglichen Arbeit jeder einzelnen Polizistin und jedes einzelnen Polizisten geprägt.

Im Freistaat Sachsen werden jährlich 700 Anwärterinnen und Anwärter für den Polizeiberuf eingestellt. Die Ausbildung erfolgt an den Polizeifachschulen in Chemnitz, Leipzig und Schneeberg. Das Bachelor-Studium wird an der Hochschule der sächsischen Polizei in Rothenburg in der Oberlausitz durchgeführt. Pro Jahr bewerben sich derzeit rund 5.200 junge Menschen für einen Ausbildungs- oder Studienplatz in der Polizei Sachsen.

Weitere Informationen zur Karriere bei der Polizei Sachsen: www.verdaechtig-gute-jobs.de

→ Mehr als 620 neue Meister im sächsischen Handwerk

1. März - Ungeachtet der Einschränkungen durch die Corona-Krise haben im vergangenen Jahr 623 Männer und Frauen im sächsischen Handwerk ihren Meisterabschluss gemacht.

Die meisten Meisterabschlüsse gab es in den Berufen Kfz-Techniker, Karosserie- und Fahrzeugbauer sowie Elektrotechniker. Zuwächse habe es auch bei Zimmerern, Metallbauern, Bäckern und Frisuren gegeben. Ältester Absolvent des Jahrgangs war ein 1964 geborener Elektromechanikermeister aus Chemnitz, jüngste Absolventin eine im Jahr 2000 geborene Frau aus Reichenbach im Vogtland, die Meisterin im Maler- und Lackiererhandwerk wurde.

Derzeit sind laut Handwerkstag in Sachsen rund 56.500 Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbe gemeldet. Diese beschäftigen mehr als 300.000 Menschen.

→ Sächsische Regierung will Ehrenamt mehr fördern und unterstützen

3. März - Sachsen Regierung will das Ehrenamt mehr fördern und unterstützen. Dazu ist eine Ehrenamtsagentur gegründet worden, die Akteure vernetzen und zum Austausch anregen soll, wie das Sozialministerium mitteilte. Beispiele besonders erfolgreicher Praxis sollen so besser bekannt gemacht werden. Neue Vereine und Initiativen könnten dadurch schneller auf Erfahrungen anderer zurückgreifen. Träger der Ehrenamtsagentur wird die Jugendstiftung Sachsen, die seit 1997 in der Jugendarbeit und dem bürgerschaftlichen Engagement tätig ist.

→ Personenbeförderungsrecht wird modernisiert

5. März - Der Bundestag hat das novellierte Personenbeförderungsgesetz beschlossen und schafft damit Rechtssicherheit für neue Formen der Mobilität.

Mit der jetzt beschlossenen Gesetzesänderung wird sowohl eine neue Form des Linienverkehrs innerhalb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der sogenannte Linienbedarfsverkehr, als auch eine neue Form des Gelegenheitsverkehrs außerhalb des ÖPNV, der sogenannte gebündelte Bedarfsverkehr, eingeführt. Dieser neuen Verkehrsform soll die Einzelsitzplatzvermietung ermöglicht werden, um Fahraufträge verschiedener Fahrgäste entlang ähnlicher Wegstrecken zu bündeln. Digitalbasierte Angebote für gebündelte Bedarfsverkehre dürfen ausschließlich den Bestellmarkt bedienen. Die Kommunen erhalten weitreichende Regelungs-



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN



Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

kompetenzen, um die Verkehre auf die jeweiligen Bedarfe vor Ort anzupassen.

Zudem werden einzelne Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr angepasst. Festgehalten wird an der Rückkehrpflicht für auftragslose Mietwagen zum Betriebsitz. Es wird jedoch die Möglichkeit geschaffen, die Rückkehrpflicht durch Festlegung weiterer Abstellorte ab einer bestimmten Distanz zum Hauptbetriebsitz näher auszugestalten.

Um das Taxigewerbe regulatorisch zu entlasten, soll den zuständigen Genehmigungsbehörden die Möglichkeit eingeräumt werden, die Taxitarifpflicht für den Bestellmarkt durch Einführung eines kommunal festgelegten Tarifkorridors mit Höchst- und Mindestpreisen zu lockern sowie zu häufig frequentierten Zielen wie etwa Messen, Flughäfen und Bahnhöfen Streckentarife festzulegen.

→ Polizeiliche Kriminalstatistik Sachsen 2020

9. März - Die registrierte Kriminalität in Sachsen bleibt 2020 fast auf Vorjahresniveau (+0,3 Prozent). Demgegenüber konnten mehr Fälle aufgeklärt werden, in Zahlen ausgedrückt rund 7.000 Fälle mehr. Ein Erfolg, der auch auf die gute Arbeit der sächsischen Polizei zurückzuführen ist.

Bezogen auf die Kriminalitätsstruktur wurden zum Teil erhebliche Verschiebungen innerhalb einzelner Deliktsbereiche festgestellt. Während Diebstahl insgesamt, insbesondere Wohnungseinbruchsdiebstähle, Diebstähle von Kraftwagen, aber auch Fahrraddiebstähle sowie Diebstähle in bzw. aus Handelseinrichtungen abnahmen, stiegen Delikte wie Beförderungerschleichungen, Sachbeschädigungen, Rauschgift- und Betrugsdelikte und nicht zuletzt Straftaten nach dem Infektionsschutzgesetz an. Es wird davon ausgegangen, dass die festgestellten Verschiebungen vor allem im Kontext mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie entstanden sind. Zudem haben sich die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit dem Tatmittel

Internet sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erhöht. Hier gab es 2020 eine erhebliche Zunahme von Fällen der Kinderpornografie.

Regional betrachtet wurden die meisten Straftaten in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz begangen. Dennoch liegt die Kriminalitätsbelastung im dritten Jahr in Folge auf dem niedrigsten Stand seit Anfang der 1990er Jahre. Das ist ein Beleg dafür, dass die Schwerpunkte bei der Kriminalitätsbekämpfung richtig gesetzt wurden und die Maßnahmen wirken. Die Sachsen können auch weiterhin auf die Sicherheit im Staat vertrauen.

Deutlich weniger Wohnungseinbrüche

Die Anzahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle in Sachsen ist im letzten Jahr um 6,9 Prozent zurückgegangen und befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit zehn Jahren. Im vergangenen Jahr sind in Sachsen 2.831 Wohnungseinbruchsdiebstähle registriert worden. 2019 waren es noch 3.040. Der Anteil der versuchten, aber erfolglosen Wohnungseinbrüche lag wie bereits im Vorjahr bei rund 44 Prozent. Diese Quote ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die präventiven Maßnahmen – einschließlich der Förderprogramme von Bund und Freistaat – für mehr Einbruchschutz zunehmend greifen. Die Aufklärungsquote ist 2020 erneut leicht auf 26 Prozent angestiegen.

Kfz-Diebstähle deutlich verringert

Allein im vergangenen Jahr gab es einen Rückgang um 11,7 Prozent auf 1.517 Fälle. Das sind 201 Kfz-Diebstähle weniger als im Jahr 2019. Fast jeder zweite Diebstahl (46,3 Prozent der Fälle) wurde durch die Polizei aufgeklärt. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt das Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der sächsischen Polizei. Neben der SoKo-Kfz haben auch die Gemeinsamen Fahndungsgruppen mit der Bundespolizei, die Fahndungs- und Kompetenzzentren sowie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Polen und Tschechien positiv zu dieser Entwicklung beigetragen.



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Zahl der Straftaten durch Zuwanderer* erneut zurückgegangen

Zuwanderer verübten im vergangenen Jahr fünf Prozent weniger Straftaten. Es wurden insgesamt 15.631 Fälle (ohne ausländerrechtliche Delikte) erfasst (2019: 16.439 Fälle). Hierbei bildeten Ladendiebstähle (2.548), Körperverletzungen (2.485) und Beförderungserschleichungen (2.077) den Schwerpunkt. Der Gesamtanteil der Zuwanderer an allen erfassten Tatverdächtigen lag 2020, wie im Jahr 2019, weiter unter zehn Prozent. Rund 43 Prozent aller durch Zuwanderer begangenen Straftaten wurden durch mehrfach/intensiv tatverdächtige Zuwanderer (MITA) verübt. Diese machen allerdings nur einen Anteil von 2,1 Prozent aller Zuwanderer aus. Im vergangenen Jahr haben 1.176 MITA insgesamt 6.703 Straftaten begangen. Besonders häufig wurden Staatsangehörige aus Tunesien, Syrien, Libyen und Georgien als Tatverdächtige ermittelt. Hervorzuheben ist, dass sich aufgrund der täterorientierten Bearbeitung im vergangenen Jahr 400 MITA in Haft befanden bzw. zur Verhaftung ausgeschrieben waren. Trotz der zeitweisen Aussetzung der Abschiebungen konnten im vergangenen Jahr 52 MITA abgeschoben werden.

Grenzkriminalität mit leichtem Rückgang

In den Gemeinden entlang der sächsischen Außengrenze zu Tschechien und Polen wurden im vergangenen Jahr 16.632 Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) registriert. Ein Jahr zuvor waren es 16.996 Fälle. Besonders häufig wurden an der Grenze Diebstähle (36 Prozent), Sachbeschädigungen (13 Prozent), Betrugsdelikte (neun Prozent) und Körperverletzungen (neun Prozent) begangen. Entlang der 582 Kilometer Außengrenze gibt es 46 sächsische Gemeinden mit Grenzbezug, davon liegen 39 an der tschechischen Grenze. Hier ging die Kriminalität um zwei Prozent zurück. Sieben Gemeinden liegen an der polnischen Außengrenze. In diesen sank 2020 die Kriminalität um drei Prozent, was unter anderem auf den Einsatz von Videosicherheitstechnik, die Einrichtung der Sonder-

kommission "Argus" in der Polizeidirektion Görlitz sowie erhöhte Kontrollaktivitäten und die gute Zusammenarbeit mit den tschechischen und polnischen Behörden zurückzuführen ist.

Anzahl der Rauschgiftdelikte angestiegen

Die Anzahl der Rauschgiftdelikte stieg 2020 um knapp neun Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2020 wurden 14.149 Delikte registriert (2019: 13.012). Während die Zahlen bei Crystal, welche zuvor seit 2014 stetig rückgängig waren, erstmals wieder stark um 15 Prozent anstiegen, setzte sich die Entwicklung bei Delikten im Zusammenhang mit Cannabisprodukten, wie Marihuana oder Haschisch fort und stieg weiterhin leicht um fünf Prozent an. Die Zunahme der Fallzahlen resultieren aus verstärkten Kontrollen der Polizei Sachsen auch im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen sowie aus mehr Feststellungen der Zollbehörden am Leipziger Flughafen.

Starker Anstieg bei Cybercrime

Die starke Zunahme der Straftaten mit dem Tatmittel Internet um 29,1 Prozent (2020: 10.600 Fälle, 2019: 8.212 Fälle) ist zumindest partiell auf einen verstärkten Onlinehandel zurückzuführen. Bei fast der Hälfte aller Fälle handelte es sich um Straftaten des Waren-/Warenkreditbetruges.

Gewaltkriminalität leicht gesunken

Die Anzahl der Gewaltdelikte ging im Jahr 2020 um ca. ein Prozent leicht auf 7.569 Fälle zurück (2019: 7.649 Fälle). Die Aufklärungsquote lag bei rund 81 Prozent (2019: 79 Prozent) und konnte damit erneut gesteigert werden. Besonders bei den Raubdelikten gingen hier die Fallzahlen (1.483) gegenüber dem Vorjahr (2019: 1.665) deutlich zurück.

Häusliche Gewalt mit leichtem Anstieg

Die Anzahl der Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sind im Jahr 2020 auf 9.235 Fälle angestiegen. Im Jahr zuvor waren es 8.890 Fälle.



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Dabei bildeten Fälle im Bereich der Körperverletzungen (5.960) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (1.985) den Schwerpunkt. Die meisten Opfer häuslicher Gewalt waren ehemalige Partner (2.882), Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften (1.924) und Ehepartner (1.393).

Tatverdächtige insgesamt

Die sächsische Polizei ermittelte im vergangenen Jahr 89.551 Tatverdächtige (ohne ausländerrechtliche Verstöße), das waren knapp drei Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (18.707) lag, wie im Jahr zuvor, bei rund 21 Prozent. 7.734 der nichtdeutschen Tatverdächtigen waren Zuwanderer.

Politisch motivierte Kriminalität leicht rückläufig

Die politisch motivierten Straftaten sind 2020 gegenüber dem Vorjahr leicht auf 4.056 gesunken, nachdem sie im Jahr 2019 mit 4.350 Fällen einen Höchststand erreicht hatten. Jede achte registrierte politisch motivierte Straftat (519 Fälle) stand dabei im Kontext mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Von den politisch motivierten Straftaten entfielen 2.117 Straftaten auf den Phänomenbereich -rechts- und machen somit weiterhin gut die Hälfte der Gesamtfälle aus. 1.169 Straftaten waren dem Phänomenbereich -links- zuzuordnen.

Die Aufklärungsquote der politisch motivierten Straftaten konnte um 10,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr erhöht werden (2020: 42,2 Prozent, 2019: 32 Prozent).

Politisch motivierte Gewaltdelikte sind im vergangenen Jahr um 76 Prozent angestiegen (2020: 366 Fälle, 2019: 208 Fälle). Mehr als die Hälfte dieser Fälle (63 Prozent) entfallen dabei auf den Phänomenbereich der PMK -links-. Hier wurden unter anderem auch zwei versuchte Tötungsdelikte erfasst. Insgesamt konnte in dem Bereich der politisch

motivierten Gewaltdelikte mehr als jede zweite Tat aufgeklärt werden.

Kampf gegen Hasskriminalität

Hasskriminalität hat in besonderem Maße negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Menschen. Die Fallzahlen blieben mit insgesamt 578 Fällen auf einem hohen Niveau (2019: 608 Fälle). Der überwiegende Teil ist der PMK -rechts- zuzuordnen. Ein deutlicher Anstieg war 2020 mit 176 Fällen bei politisch motivierten Hasspostings im Internet zu verzeichnen (2019: 115 Fälle). Rund 70 Prozent waren dabei politisch rechts motiviert.

Kriminalität gegen Amts- und Mandatsträger zeitweise hoch

Die Fallzahlen stagnieren in diesem Bereich beim Blick auf das gesamte Jahr 2020 bei 168 Fällen (2019: 171 Fälle). Allerdings war zu beobachten, dass im zweiten (51 Fälle) und vierten (52 Fälle) Quartal 2020 die Zahlen gegenüber dem ersten (37) und dritten Quartal (28 Fälle) deutlich höher waren. Dies könnte mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Zusammenhang stehen.

* Als Zuwanderer im Sinne der kriminalstatistischen Betrachtung werden Asylbewerber, geduldete Ausländer, Kontingentsflüchtlinge, unerlaubt aufhältige Personen, international/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte erfasst.

Dennoch braucht es auch weiterhin einen Fokus der Landespolizei auf die besondere Situation in der Grenzregion und eine Stärkung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit.

→ **Polizei Sachsen führt landesweit Bodycams ein**

10. März - Die Bediensteten der Polizei Sachsen sollen bis zum 30. Juni 2021 mit insgesamt 1.500 Geräten des Typ AXON Body 2 ausgerüstet sein. Angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Polizeibeamte hatte der Freistaat Sachsen im Jahr 2017 die Projektphase zur Erprobung des präventiven Einsatzes von Körperkameras in der sächsischen Polizei mit insgesamt 376 Nutzern gestartet. Ziel war es, die Wirksamkeit der mobilen Videoaufzeichnung mittels Bodycam als ergänzendes Einsatzmittel zu überprüfen und den Schutz der Einsatzkräfte erweitern zu können.

Jede Besatzung eines Funkstreifenwagens im Streifendienst der Polizeireviere soll zukünftig mit einer Bodycam ausgerüstet sein. Auch bei den Einsatzeinheiten der sächsischen Bereitschaftspolizei und den Beamtinnen und Beamten der Verkehrspolizeiinspektionen in Sachsen werden die Bodycams zum Einsatz kommen. Einsatzkräfte, die eine solche Kamera tragen, sind mit einem entsprechenden Hinweis-Patch gekennzeichnet.

Ab November 2017 bis Dezember 2019 wurden Trageversuche mit zwei verschiedenen Gerätetypen im Polizeialltag in jeweils zwei Polizeireviere der Städte Dresden und Leipzig durchgeführt.

Anschließend wurden die Ergebnisse der Trageversuche durch die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) evaluiert. Es zeigte sich, dass die Anzahl angezeigter Delikte in den vier Projektrevieren Dresden-Mitte, Dresden-Nord, Leipzig-Zentrum und Leipzig-Südwest sank. Hingegen nahm deren Anzahl in den nicht am Pilotprojekt beteiligten Vergleichsrevieren Dresden-West und Leipzig-Südost im gleichen Zeitraum zu. Acht von zehn Nutzerinnen und Nutzer, die am Tragetest beteiligt waren, befürworteten den Einsatz der Bodycams.

In der Praxis werden die Geräte im täglichen Dienst im ausgeschalteten Zustand mitgeführt und anlassbezogen in den Standard-Modus gesetzt (Pre-recording). Das bedeutet, sie zeichnen ab dem Zeitpunkt des Einschaltens ein Video auf, speichern dieses jedoch nicht dauerhaft. Dieser Zustand ist an einer grün blinkenden Anzeige deutlich erkennbar. Durch das doppelte Drücken der Ereignistaste durch die oder den kameratragenden Polizeibeamten bzw.

Polizeibeamtin startet die Aufnahme im Ereignis-Modus, wobei das Gerät automatisch die letzten 60 Sekunden mit speichert. Der Start der Speicherung wird durch einen Piepton und anschließend ein rotes Blinken deutlich signalisiert. Einen Bildschirm haben die Geräte nicht.

Die Bodycam wird zukünftig als Standard-Einsatzmittel für die Polizei Sachsen gelten und bereits in der Ausbildung der Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern in Sachsen Bestandteil des Ausbildungsplanes sein. Daher werden die Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) und die Fachschulen der Bereitschaftspolizei auch mit Bodycams ausgestattet.

In erster Linie erfolgt die Anwendung der Bodycams präventiv und richtet sich somit nach dem Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetz. Andere Rechtsgrundlagen, beispielsweise für Aufnahmen als Beweismittel nach der Strafprozessordnung, sind ebenfalls möglich.

Die mit der Bodycam aufgenommenen Daten werden künftig zentral in der Polizei-eigenen Cloud im Rechenzentrum der sächsischen Polizei gespeichert.

Laut der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) stiegen im Jahr 2020 Straftaten, bei denen Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen (§§ 113-115 StGB) verübt wurde, gegenüber dem Vorjahr von 1.297 auf 1.503 Fälle – das ist ein Anstieg von 15,9 Prozent.

→ Dorfwettbewerb: Anmeldefrist nochmals verlängert

11. März - Sächsische Orte mit bis zu 3.000 Einwohnern können sich noch bis Ende November 2021 für den 11. Sächsischen Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ anmelden. Bisherige Anmeldungen bleiben bestehen. Grund für die



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

nochmalige Verlängerung der Anmeldefrist sind die Einschränkungen aufgrund von Corona.

Sachsens Staatsminister für Regionalentwicklung Thomas Schmidt hofft, dass die Dörfer mit der Terminänderung ausreichend Gelegenheit erhalten, sich in der Dorfgemeinschaft persönlich zu treffen, auszutauschen und so für eine Wettbewerbsteilnahme vorzubereiten. Das gemeinsame Entwickeln von Konzepten für den Ort und das Arbeiten an einem Ziel festigt die Gemeinschaft. Gerade das ist nach den pandemiebedingten Einschränkungen wichtig. Der Dorfwettbewerb bietet neue Impulse für ein Wir-Gefühl. Auch die „Dorfwerkstätten“ sind ein Beitrag, tolle Projekte auf den Weg zu bringen.

Mit der Fristverlängerung soll auch die „Dorfwerkstatt“ in diesem Jahr weitergeführt werden. In der Dorfwerkstatt können sich die Orte eine professionelle Begleitung bei der Vorbereitung des Wettbewerbs einholen. Im vergangenen Jahr haben 20 Dörfer solche Werkstätten mit guten Ergebnissen durchgeführt. In den Dorfwerkstätten werden kostenfrei und direkt im Ort moderierte Workshops unter fachlicher Expertise durchgeführt, um die Projekte zu entwickeln und in ein Konzept zu gießen. Eine Dorfwerkstatt verbessert die Kommunikation und die gemeinsame Entwicklung von Projekten der Einwohner. Bereits 30 Dörfer haben ihr Interesse an einer Dorfwerkstatt in diesem Jahr angemeldet.

Im Jahr 2022 wird der Wettbewerb dann in den Landkreisen und auf Landesebene stattfinden.

Die neuen Termine für den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“:

- Neue Anmeldefrist: 30. November 2021
- Wettbewerb in den Landkreisen: Frühjahr 2022
- Sächsischer Landeswettbewerb: Herbst 2022
- Bundeswettbewerb: 2023

Informationen und Anmeldung unter:

[Dorfwettbewerb](#)

[Dorfwerkstatt](#)

→ Neue Regionalbudgets für die LEADER-Gebiete

12. März - Staatsminister Thomas Schmidt hat den dritten Aufruf im Programm „Regionalbudgets im ländlichen Raum“ gestartet. Alle 30 sächsischen LEADER-Gebiete können ab sofort wieder Regionalbudgets beantragen, um die aktive eigenverantwortliche ländliche Entwicklung zu unterstützen. Je nach Einwohnerzahl können die 30 Lokalen Aktionsgruppen (LAG) bis zu 200.000 Euro für Kleinprojekte abrufen. Mit insgesamt 4,5 Millionen Euro stehen Fördermittel in ausreichender Höhe für alle LAG bereit.

Die Regionalbudgets sind eine sinnvolle Ergänzung zum flächendeckenden LEADER-System, den Wettbewerben, den Verfahren der Ländlichen Neuordnung und dem Programm „Vitale Dorfkerne und Ortszentren im ländlichen Raum“. Die Budgets decken ideal die besonderen Bedarfe der ländlichen Räume ab. Schon bei LEADER haben diese Regionen sehr große Freiheiten in der Mittelverwendung – bei den Regionalbudgets wird noch weitergegangen, indem die LAG die Zuwendungen eigenständig weitergeben und für deren Abrechnung verantwortlich sind. Genau dieses schlanke Verfahren ermöglicht, dass diese Mittel die Akteure im ländlichen Raum schnell erreichen. Die Vielfalt an Projekten, die so unterstützt werden können, ist überzeugend. Oft sind es ja gerade die kleinen Dinge, die das Leben in den Dörfern so liebenswert machen.

Nachdem schon mit dem ersten Aufruf im Jahr 2019 die Budgets von 18 LAG abgerufen wurden und so fast 400 Kleinprojekte fördern konnten, nahmen im Jahr 2020 bereits 29 der 30 sächsischen LAG diese Chance wahr. Die LAG loben vor allem die vergleichsweise einfache Förderung von Kleinprojekten im Umfang von bis zu 20.000 Euro. Diese Projekte stärken die



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Lebensqualität, erzeugen eine stärkere Identifikation und unterstützen damit die Heimatverbundenheit und Bleibeperspektiven der Menschen im ländlichen Raum. Für diesen Aufruf werden Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie Landesmittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes bereitgestellt.

Weitere Informationen unter:
<https://www.smr.sachsen.de/leader-foerderung>

→ Landtag beschließt Schulgeldfreiheit für weitere Gesundheitsfachberufe

24. März - Sachsen will nicht weiter warten, bis der Bund die Schulgeldfreiheit in weiteren Gesundheitsfachberufen gesichert hat und ermöglicht daher ab dem Schuljahr 2021/22 einen Zuschuss und damit die Schulgeldfreiheit. Einem entsprechenden Antrag der Regierungskoalition hat der Sächsische Landtag nun zugestimmt. Davon werden bis zu 4.000 Auszubildende profitieren. Vorbehaltlich des Beschlusses des kommenden Doppelhaushaltes sind dafür 2021 1,8 Mio. Euro und 2022 5,4 Mio. Euro eingeplant.

Wer sich für eine Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf wie Physiotherapie oder Logopädie entscheidet, sieht sich gleich zu Beginn mit einer Hürde konfrontiert: dem Schulgeld. Junge Menschen, die einen wichtigen Beruf für unsere Gesellschaft erlernen wollen, zahlen also erstmal drauf. Das war und ist ungerecht, denn in der Regel erhalten Auszubildende einen Lohn und müssen keinen eigenen finanziellen Beitrag leisten. Diese Ungerechtigkeit sieht auch der Bund und berät in einer Bund-Länder-Kommission über eine bundeseinheitliche Regelung. Darüber hinaus sieht auch der Koalitionsvertrag des Bundes vor, das Schulgeld in allen Gesundheitsfachberufen abzuschaffen. Einige Ausbildungen in Gesundheitsfachberufen sind bereits schulgeldfrei gestellt, z.B. die Hebammenausbildung,

Pflegeausbildung, Ausbildung der Notfallsanitäter:innen.

Davon wird auch unter anderem die Schule für Gesundheitsberufe Schkola - ergodia in Zittau profitieren.

Das genaue Antragsverfahren wird derzeit noch abgestimmt. Das Sächsische Staatsministerium für Kultus wird zu gegebener Zeit über den Ablauf informieren.

→ Start für Wettbewerb: „Ab in die Mitte!“

26. März - Staatsminister Thomas Schmidt hat in Dresden eine neue Runde des Wettbewerbs „Ab in die Mitte! Die City-Offensive Sachsen“ gestartet. Als Schirmherr des traditionsreichen City-Wettbewerbs verkündete der Staatsminister in einer digitalen Auftaktveranstaltung zudem das diesjährige Motto „Lebensraum Stadt: Handel, Wandel, Vielfalt“, unter dem ab sofort kreative Ideen gesucht werden, die Innovationen in die Innenstädte des Freistaates bringen. Dafür loben das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) und das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) gemeinsam ein Preisgeld von insgesamt 100.000 Euro aus.

Die Initiative „Ab in die Mitte“ hat in den letzten Jahren viel bewegt, um die Ortszentren in den Städten und Gemeinden attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Sie setzt dort Impulse, wo es mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie am wirkungsvollsten ist: Auf die Schnittstelle zwischen Stadtentwicklung und Handel. Alle Akteure der Stadtentwicklung und des Einzelhandels in den sächsischen Kommunen sind aufgerufen, an dem Wettbewerb teilzunehmen. In diesen schwierigen Zeiten der Pandemie soll der Wettbewerb eine besondere Resonanz erfahren. Gerade jetzt sind innovative Ideen für eine Belebung der Innenstädte wichtiger denn je!



BÜRGERBRIEF

VON IHREM LANDTAGSABGEORDNETEN

Stephan Meyer



Weil wir hier leben wollen.

Die Preisgelder sowie viele Sonderpreise der Sponsoren sollen dazu motivieren, dass die eingereichten Ideen umgesetzt werden. Dabei ist die Verwirklichung möglichst vieler Ideenvorschläge ein zentrales Anliegen der City-Offensive. Teilnehmen können nur sächsische Städte und Gemeinden sowie private Initiativen mit Zustimmung der jeweiligen Stadt im Freistaat Sachsen. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 17. September 2021. Die Preisverleihung des diesjährigen Wettbewerbs soll am 11. November 2021 in Delitzsch stattfinden.

Alle Informationen unter: <https://www.abindiemittelsachsen.de/>

→ Keine Zustimmung zum neuen Finanzausgleichsgesetz erteilt

31. März - Der Sächsische Landtag hat sich in einer Sondersitzung über die Finanzbeziehungen mit den Kommunen verständigt, welche auf gesetzlicher Ebene geregelt sind. Dabei stand die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) auf der Tagesordnung.

Ich habe dem neuen Finanzausgleichsgesetz nicht zugestimmt und gab gegenüber dem Landtagspräsidenten, Dr. Matthias Röbber, eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten nach § 94 der Geschäftsordnung ab.

Ich habe dem Finanzausgleichsgesetz nicht zugestimmt, weil ich mit Blick auf den Landkreis Görlitz feststellen muss, dass die Einigung der kommunalen Spitzenverbände mit dem Staatsministerium der Finanzen einen unzureichenden Ausgleich der strukturell bedingten Kosten insbesondere im Sozialbereich aufweist. So fallen die Kosten im Landkreis Görlitz und damit auch im kreisangehörigen Raum im Bereich der Pflege, Jugendhilfe und den Kosten der Unterkunft weit überdurchschnittlich zu den anderen Landkreisen aus, ohne dass seitens des Landkreises eigene Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Diesen Fakt

weist auch das FAG-Gutachten aus und bestätigt die Situation.

Ich habe mich in der Abstimmung enthalten, weil ich zum einen das FAG mit den zugrundeliegenden Gleichmäßigkeitsgrundsätzen für ein geeignetes Instrument zur Steuerung des Finanzbedarfs zwischen Freistaat und Kommunen halte. Zum anderen beinhaltet das FAG durchaus richtige Ansätze zur Entlastung kleinerer Kommunen sowie bei den Kosten im Kita-Bereich und Straßenlastenausgleich

Mit Blick auf das nächste FAG möchte ich meine Erwartung gegenüber dem Staatsministerium der Finanzen ausdrücken, dass die notwendige Steuerung im Bereich des Soziallastenausgleichs vorgenommen wird und ich möchte darum ersuchen, dass im Vollzug des aktuellen Doppelhaushaltes Kompensationsmöglichkeiten zur Entlastung des Landkreises Görlitz gefunden werden.

→ Bürgersprechstunde

Im Moment biete ich meine Bürgersprechstunde vorerst telefonisch oder per Videokonferenz an. Ich möchte Sie gern einladen, mit mir ins Gespräch zu kommen. Nur durch den Dialog miteinander, können wir etwas gemeinsam voranbringen. Ich kann sicherlich nicht alle Probleme lösen und dem ein oder anderen hilft es, wenn ich einfach ein offenes Ohr habe und zuhöre. Ich bin bemüht, dass mir Mögliche für unsere Region und für die Menschen, die hier leben zu bewegen.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am

22. April 2021, von 09:00 – 11:00 Uhr

telefonisch oder per Videokonferenz statt.

Darüber hinaus sind natürlich auch individuelle Termine möglich.

Bitte melden Sie sich in meinem Büro an, unter: 03583 790140 oder stephan.meyer@slt.sachsen.de

